

: Teilhabe junger Geflüchteter stärken

Die Zahl der Menschen, die aus ihren Heimatländern fliehen müssen, hat sich in den letzten Jahren stetig erhöht. Laut der Flüchtlingshilfe der Vereinten Nationen sind mit dem Ausbruch des Kriegs in der Ukraine 100 Millionen Menschen auf der Flucht. Der Anteil von Kindern und Jugendlichen ist dabei sehr hoch.

Auch in Deutschland suchen Geflüchtete Schutz. Die Zahlen der gestellten Asylanträge in Deutschland sind seit Jahren auf einem hohen Niveau und steigen seit 2021 im Vergleich zu den Vorjahren wieder an. Auch in Hessen kommen nach wie vor viele Menschen mit Fluchterfahrung an, 43 Prozent davon sind minderjährig. Die Gründe aus denen Menschen ihre Heimat verlassen müssen sind vielfältig. Sie fliehen vor Krieg, politischer und religiöser Verfolgung, Armut, Diskriminierung, Umweltkatastrophen, Gewalt und anderen Menschenrechtsverletzungen. Es liegt in der Verantwortung aller Staaten, geflüchteten Menschen Schutz zu gewähren und ihnen ein sicheres Leben zu ermöglichen. Das gilt vor allem für Kinder und Jugendliche.

Kinder und Jugendliche sind in besonderem Maße betroffen und entsprechend der UN-Kinderrechtskonvention zu schützen. Junge Menschen haben oft in ihren Heimatländern Gewalt erlebt und mussten Familie, Freunde und ihr vertrautes Umfeld, häufig abrupt verlassen. Auf der Flucht waren sie mit (lebens-) gefährlichen Situationen konfrontiert, hatten potentiell traumatische Erlebnisse und mussten mit der Unsicherheit umgehen, nicht zu wissen wie es weitergeht. In Deutschland müssen sich junge Geflüchtete, in einem fremden Land ohne Sprachkenntnisse und ohne soziales Umfeld, zurechtfinden. Sie müssen mit den Erfahrungen der Flucht und dem Verlust von allem Vertrauten umgehen. Laut der Online-Befragung des Bundesfachverbands unbegleitete minderjährige Flüchtlinge für das Jahr 2021, gehören aufenthaltsrechtliche Unsicherheiten, psychische Belastungen, die Trennung von der Familie und fehlende soziale Kontakte zu den größten Herausforderungen junger Geflüchteter.

Geflüchtete Kinder und Jugendliche brauchen Sicherheit und ihnen muss eine Zukunftsperspektive und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht werden. Ihnen müssen die gleichen Chancen und Förderungen wie allen jungen Menschen zu teil werden. Dazu gehören ein sicherer

Aufenthaltsstatus, entsprechende Beratungsangebote für aufenthaltsrechtliche Fragestellungen und der Zugang zu schulischer, beruflicher oder universitärer Ausbildung. Darüber hinaus müssen es ausreichend, altersgerechte und professionelle psychotherapeutische Angebote zur Verfügung stehen. Für unbegleitete Minderjährige und junge Volljährige, die sich in jugendhilferechtlichen Zuständigkeiten befinden, muss eine den individuellen Bedürfnissen entsprechende Hilfe gewährleistet werden.

In Angeboten der Jugendverbandsarbeit gelingt es junge Geflüchtete einzubinden, ihnen die Teilhabe an außerschulischen Bildungsangeboten zu ermöglichen und einen Raum zum Ausprobieren, Kontakte knüpfen und Einbringen zu schaffen. Jugendverbände konnten in den letzten Jahren nicht nur die eigenen Strukturen für diese Zielgruppe öffnen, sondern auch regelmäßige Angebote innerhalb der eigenen Strukturen etablieren. Diese Strukturen konnten verstetigt, Kompetenzen im Themenbereich erlangt sowie eine Sensibilisierung und Professionalisierung zum Thema Flucht erreicht werden. Gleichzeitig zeigte diese Öffnung, dass die Arbeit mit jungen Geflüchteten besondere Fragen und Themen hervorbringt. Vor allem der Umgang mit potentiell traumatisierten Kindern und Jugendlichen ist für ehrenamtliche Jugendverbandsstrukturen eine große Herausforderung. Er benötigt professionell begleitete Reflexionsformate und Supervisionen für Ehren- und Hauptamtliche.

Die Entwicklungen in bestimmten Herkunftsländern machen leider deutlich, dass dieses Thema nicht an Aktualität verliert. Die Machtübernahme der Taliban in Afghanistan hat zur Folge, dass wieder mehr Menschen in Deutschland Schutz suchen. Viele die vor den Taliban flohen sind jung. Sie benötigten Angebote der Jugendhilfe, psychologische Unterstützung und altersentsprechende Freizeitangebote. Auch die Menschen, die vor dem Krieg in der Ukraine fliehen brauchen diese Unterstützung. Auf der Flucht waren und sind viele Frauen und Kinder. Das hat direkte Auswirkungen auf die Jugendarbeit. Um auf diese Herausforderungen reagieren zu können, benötigt es weitere und vor allem dauerhafte Fördermittel und langfristige Strategien. Es muss möglich sein, auf aktuelle Situationen reagieren zu können, die bereits vorhandenen Ressourcen zu nutzen und gleichzeitig verstetigte Strukturen zu schützen.

: Forderungen

Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in Gemeinschaftsunterkünften beenden

Eine Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in Gemeinschaftsunterkünften ist nicht kindgerecht und geeignet. Gemeinschaftsunterkünfte bringen Gefahr von Gewalt und Unsicherheit mit sich und dienen nicht dem Kindeswohl. Die Unterbringung von Kindern und Jugendlichen und vor allem von Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung, muss zwingend alters- und entwicklungsgerecht gestaltet sein. Kein vorhandener Rückzugsraum, keine kindgerechte Infrastruktur und das Zusammenleben mit vielen fremden Menschen bringt für Kinder und Jugendliche mit Fluchterfahrung keine Stabilität und Sicherheit. Dinge, die junge Menschen als Grundlage ihres Aufwachsens und die Möglichkeit ihrer persönlichen Entwicklung und Entfaltung dringend benötigen. Die Landesregierung muss dringend geeignete Wohnformen bzw. Wohnraum für Kinder und Jugendliche zur Verfügung stellen und die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften beenden.

Jugendbildungs- und Freizeitreisen ermöglichen

Geflüchteten Kindern und Jugendlichen steht entsprechend Art. 31 der UN-Kinderrechtskonvention das Recht auf freie Teilnahme an Kulturveranstaltungen zu. Dies bedeutet, dass sie unabhängig von ihrer Nationalität oder ihres Aufenthaltsstatus das Recht auf Partizipation an unseren Bildungs- und Kulturmaßnahmen haben. Besonders bei Freizeiten und Veranstaltungen, die außerhalb Deutschlands stattfinden, gestaltet sich die Umsetzung dieser Rechte für Jugendverbände aufgrund von beispielsweise Residenzpflicht oder anderen Bestimmungen des Aufenthaltsgesetzes als bestenfalls schwierig bis unmöglich. Eine Ausnahme hier bilden Schulen mit der Möglichkeit, Schüler_innen unabhängig ihres Aufenthaltstitels und auch während laufender Asylverfahren in Form von „Schüler_innen-Sammellisten“ bzw. „Schüler_innen-Reisendenlisten“ bei Klassenfahrten und Studienreisen ins Ausland mitnehmen zu dürfen. Wir fordern, dass auch Jugendverbänden als anerkannte Träger der Jugendhilfe diese besondere Möglichkeit zugesprochen werden muss und die UN-Kinderrechtskonvention besonders im Bezug auf geflüchtete Kinder und Jugendliche ernsthaft und konsequent in Deutschland umgesetzt wird.

Langfristige Projektförderung sichern

Um die Teilhabe junger Geflüchteter nachhaltig zu gewährleisten und zu sichern, benötigt es eine langfristige Projektförderung auf Landesebene. Mit einer langfristigen und flächendeckenden Projektförderung kann die Jugendverbandsarbeit auf aktuelle Situationen und Veränderungen reagieren und gleichzeitig die Angebote an davon abhängige zielgruppenspezifische Bedürfnisse anpassen und somit die kontinuierliche Arbeit mit jungen Geflüchteten sicherstellen. Jugendverbände müssen in der Lage sein, aufgebaute Strukturen aufrechtzuerhalten und nicht von einer mittelfristigen Förderung abhängig sein. Gleichzeitig können langfristige geförderte Projekte eine fachliche und inhaltliche Unterstützung von Haupt- und Ehrenamtlichen in der Jugendarbeit bieten. Unterschiedliche Qualifizierungsmaßnahmen, Vernetzungstreffen und Austauschformate helfen Aktiven in der Jugendarbeit sich weiterzubilden, fachliche Angebote für junge Geflüchtete zu konzipieren und sich zu Fragen und Herausforderungen im Themenfeld auszutauschen. Aber auch Strukturen aufzubauen und diese zu sichern.

Psychotherapeutische Angebote ausbauen

Aus der Erfahrung der Jugendverbandsarbeit der letzten Jahre im Arbeitsbereich junge Geflüchtete wird deutlich, dass viele junge Geflüchtete therapeutische Unterstützung und Angebote benötigen. Junge Menschen mit Fluchterfahrung bringen traumatische Erfahrungen, Verluste und Gewalterfahrungen mit sich. Die Auswirkungen dieser Erfahrungen werden immer auch im Kontext der jugendverbandlichen Angebote mit den jungen Menschen spürbar und sichtbar. Jugendverbandsarbeit kann es nicht leisten, diese Bedarfe abzudecken, aufzufangen oder mit den jungen Menschen zu bearbeiten. Diese Aufgabe liegt ganz deutlich in der Verantwortung von Fachkräften der Sozialen Arbeit und Psychotherapeut_innen. Haupt- und Ehrenamtliche vor Ort kommen in der alltäglichen Arbeit an die Grenze des Leistbaren. Um jungen Geflüchteten die Hilfe und Unterstützung zu geben, müssen die psychotherapeutischen Angebote für junge Geflüchtete landesweit unbedingt ausgebaut werden. Dabei müssen außerdem angemessene Zugänge geschaffen werden und die Angebote an der Zielgruppe ausgerichtet werden.